

# rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800 2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



*gegründet 1861*

Mittwoch, 10. Dezember 1980

Blatt 3516

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Wiener Gemeinderat - Budgetdebatte  
(rosa) Siedlung "Augustinerwald" wird nun rechtlich gesichert  
Assanierung auf dem Ulrichsberg

Lokal: Der Weihnachtstisch: Wie immer reichlich gedeckt  
(orange)

Nur

über FS: 9.12. LKW fuhr in Bus "25 A" - fünf Verletzte  
10.12. Malereien, Grafiken und Plastiken  
Bahnhof Penzing: Tankwagen in Flammen

Siedlung "Augustinerwald" wird nun rechtlich gesichert

Utl.: Entwurf für Flächenwidmungs- und Bebauungsplan fertiggestellt

=++++

1 #Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Die Siedlung "Augustinerwald" an der westlichen Stadtgrenze Wiens soll nun rechtlich gesichert werden. Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Rudolf WURZER hatte den Auftrag gegeben, einen Flächenwidmungs- und Bebauungsplan für dieses Gebiet zu entwerfen, mit dem die zum Teil seit dem Beginn des Jahrhunderts bestehende teilweise "wilde" Siedlung nun rechtlich saniert werden soll. Planungsstadtrat Wurzer und der Bezirksvorsteher Otto BAUER haben die Siedler jetzt zu einer abschließenden Besprechung der Pläne eingeladen. #

Der Entwurf eines neuen Flächenwidmungs- und Bebauungsplans für die Siedlung "Augustinerwald" sieht die Widmung "Öffentliches Gut" für die Erschließungsstraße bis zum Beginn der Siedlung vor, für den Bau und die Erhaltung der Erschließungsstraßen innerhalb der Siedlung wollen die Bewohner selbst aufkommen. Weiter soll festgelegt werden, daß auf jeder Parzelle ein Gebäude mit maximal 130 Quadratmeter Grundfläche errichtet werden darf. Vor der Erteilung der Baubewilligung ist jedoch ein geologisches Gutachten vorzulegen. Große Flächen außerhalb der Bebauung sollen als "Schutzgebiet/Wald- und Wiesengürtel" gewidmet werden.

Die Siedlung "Augustinerwald" entstand etwa nach 1905 auf einem steilen, besonders rutschgefährdeten Hang, gehörte ursprünglich zu Niederösterreich und wurde 1957 in Wien eingemeindet. Obwohl ein Bauverbot besteht und auch die Erschließung unzureichend war, dehnte sich die Siedlung ständig weiter aus und umfaßt derzeit mehr als 200 Objekte. Ein Grundeigentümer verwehrte häufig vor allem den Lkw der Fäkalienabfuhr und Baufahrzeugen die Zufahrt. Die Mieter haben dieses Recht jedoch bereits ersessen, und es soll auch im Flächenwidmungsplan seinen Niederschlag finden. (Schluß) and/sr

## Assanierung auf dem Ulrichsberg (1)

=++++

2 #Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Die Bestandsanalyse auf dem Ulrichsberg, einem Erneuerungsgebiet im 7. Bezirk, konnte abgeschlossen werden. Nun wurden erste Pläne für einen neuen Flächenwidmungs- und Bebauungsplan sowie für ein Erneuerungskonzept vorgelegt, die man weiterbearbeitet und im Frühjahr auch mit der Bevölkerung diskutiert werden sollen. Sie werden die Grundlage für eine umfassende Stadterneuerung in diesem Teil des 7. Bezirks zwischen Auerspergstraße, Burggasse, Kirchengasse - Kellermannngasse und Lerchenfelder Straße sein. #

Im neuen Flächenwidmungs- und Bebauungsplan sind Maßnahmen vorgesehen, den geschützten beziehungsweise erhaltenswerten Bestand zu bewahren, das heißt, die Baulinien, die Widmung und die Bauhöhen werden den heute bestehenden Verhältnissen angepaßt. Verbesserungen für die Naherholung soll es durch die Schaffung von Parks und Grünanlagen geben. Dazu gehört die Neugestaltung des Weghuberparks und eine maßvolle Entkernung der größeren Baublöcke mit der Verpflichtung, diese Flächen freizuhalten und gärtnerisch zu gestalten. Zur Verbesserung der Wohnungssituation werden rechtliche Bestimmungen vorgeschlagen, die eine Sanierung von Teilen des Wohnungsbestandes zulassen und eine maßvolle Neubebauung ermöglichen. Entlang der verkehrsreichen Straßen wurde die Widmung "Geschäftsviertel" vorgeschlagen, um auf diese Weise langsam die vom Verkehr besonders belasteten Parterrewohnungen aufzulassen. Die Widmung "Gemischtes Baugebiet - Geschäftsviertel" soll, gemeinsam mit der Festlegung von öffentlichen Durchgängen, an denen Geschäftspassagen entstehen können, das Geschäftsleben fördern und es für künftige Besucher des Gebietes attraktiver machen.

Im Bereich des Ulrichsplatzes und im Gebiet Faßziehergasse - Gardegasse - Zitterhofgasse und Mechitaristengasse soll eine verkehrsberuhigte Zone entstehen. (Forts.) and/gg

## Assanierung auf dem Ulrichsberg (2)

=++++

3 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Die Bestandsanalyse, die die Grundlage für die nun folgenden Maßnahmen ist, hat ergeben, daß von den 84 Gebäuden jedes Dritte denkmalgeschützt ist, 56 Prozent befinden sich in einer Schutzzone, 93 Prozent sind vor 1918 erbaut worden. Besonders schwer wiegt die Tatsache, daß nur jedes vierte Gebäude in gutem Zustand ist, während der Rest teilweise schwerste Baumängel aufweist. Dazu kommt, daß 13 Prozent der 1.340 Wohnungen beeinträchtigt werden, 36 Prozent entsprechen nicht den heutigen Anforderungen. Die Bevölkerungsstruktur ist, wie in anderen Stadterneuerungsgebieten, gekennzeichnet durch eine Abwanderung junger Familien und einen übermäßig hohen Anteil an Bewohnern, die älter als 65 Jahre sind. Acht Prozent sind Nichtösterreicher. Im Gebiet gibt es keine Grünflächen, und der fließende Verkehr ist vor allem in der Burggasse, der Neustiftgasse und der Lerchenfelder Straße besonders stark. Dem ruhenden Verkehr stehen nur 584 Parkplätze zur Verfügung, das bedeutet wohl ein Defizit von 1.426. Ein Teil davon kann in der Messepalast-Garage (780 Stellplätze) gedeckt werden.

Zwtl.: Konzepte werden mit der Bevölkerung diskutiert

Die Pläne und Konzepte werden nun weiter bearbeitet und sollen im Frühjahr der Bevölkerung zur Diskussion gestellt werden. (Schluß)  
and/gg

Der Weihnachtstisch: Wie immer reichlich gedeckt (1)

=++++

4 #Wien, 10.12. (RK-LOKAL) Auch heuer wird die Wiener Bevölkerung mit allen wichtigen Nahrungs- und Genußmitteln sowie mit den traditionellen Festtagsspezialitäten in reichem Masse versorgt. Die gebotene Auswahl ist wie in den Jahren zuvor umfangreich und lässt keine Wünsche unerfüllt. #

Der zu den Weihnachtsfeiertagen erfahrungsgemäß erhöhte Bedarf an Geflügel kann ohne Schwierigkeiten gedeckt werden. Bei Junghühnern wird der Nachfrage vorwiegend mit Inlandware entsprochen werden können, die Preise dürften im allgemeinen sogar günstiger sein als im Vorjahr. Bemerkenswert ist, daß Hühnerkeulen und andere bratfertige Hühnerteile einen wachsenden Anteil an der Geflügel-Gesamtvermarktung erzielen. Gänse und Enten kommen fast ausschließlich aus dem Ausland auf den Wiener Markt, und zwar vorwiegend aus Ungarn. Truthühner werden im Gegensatz zu den vergangenen Jahren nicht mehr aus den USA, sondern ebenfalls hauptsächlich aus Ungarn angeliefert. Durch die steigende Nachfrage liegen die Preise für Gänse und Truthühner derzeit etwas höher als im Vorjahr. Gegenwärtig lagern rund 2050 Tonnen Geflügel in den Wiener Kühllhäusern.

Die Inlandsaufbringung an Eiern deckt nach wie vor einen Großteil (bis zu 90 Prozent) des Bedarfs. Aus den Oststaaten sind seit etwa Mitte November nur mehr geringfügige Lieferungen eingetroffen.

Bei der Deckung des Bedarfes an Milch- und Molkereiprodukten wird es keinerlei Schwierigkeiten geben, die Inlandsproduktion sichert eine reichliche Versorgung. Auch die erhöhte Nachfrage nach Schlagobers kann problemlos befriedigt werden. (Forts.) we/bs

Der Weihnachtstisch: Wie immer reichlich gedeckt (2)

=++++

5 Wien, 10.12. (RK-LOKAL) Bei Süßwaren, Fetten, Ölen und sonstigen Lebens- und Genußmitteln wie Tee, Kaffee und Kakao steht ein reichliches Angebot zur Verfügung. Gegenüber dem Vorjahr ist bei Weihnachts-Süßwaren (Christbaumbehang und ähnlichem) eine leichte Erhöhung der Preise festzustellen.

Die Versorgung mit Frischfleisch und Fleischwaren ist gewährleistet. Reichlich vorhanden ist vor allem Rind- und Schweinefleisch. Auch an Kalbfleisch herrscht kein Mangel, diese Fleischsorte ist jedoch verhältnismäßig teuer, da die Bedarfsdeckung nur durch kostenaufwendige Importe erreicht werden kann. Wurst- und Selchwaren sind in hinreichenden Mengen vorhanden. Zur Deckung der Nachfrage bei Fleisch und Fleischwaren kann auch auf die in den Kühlhäusern lagernde Ware - rund 4000 Tonnen - zurückgegriffen werden.

Die Versorgung mit Wildpret kann zwar ohne Schwierigkeiten sichergestellt werden, die Preise liegen allerdings über dem Vorjahrsniveau. Vor allem Reh- und Hasenfleisch hat sich verteuert (zwischen 5 und 15 Prozent).

Inländisches Wintergemüse (Chinakohl, Kohl, Weiss- und Rotkraut) ist ausreichend und in guter Qualität verfügbar. Die Zufuhren an Karfiol, Endivien- und Glassalat aus dem Inland werden in den nächsten Wochen zwar ausbleiben, können jedoch durch Importe bedarfsdeckend ersetzt werden. Erhöhte Einfuhren an Fisolen, Gurken, Paprika und Paradeiser decken den erhöhten Feiertagsbedarf, Preissteigerungen sind nicht zu erwarten. Dank guter Ernteergebnisse erscheint eine ausreichende Marktbeschickung mit Kartoffeln und Zwiebeln in sehr guter Qualität zu günstigen Preisen gesichert.  
(Forts.) we/bs

Der Weihnachtstisch: Wie immer reichlich gedeckt (3)

=++++

6 Wien, 10.12. (RK-LOKAL) Beim Obst ist das Angebot an heimischen Äpfeln aller Qualitäten sehr groß. Bei den Birnen wird der Bedarf vor allem durch Importe aus Italien gedeckt, gegenüber dem Vorjahr ist eine Verteuerung festzustellen. Gleichfalls bedarfsdeckend, aber zu etwas höheren Preisen als im Vorjahr werden Bananen angeboten. Die gerade zu den Feiertagen sehr beliebten exotischen Früchte wie Avocados, Mangos, Kiwis usw. wurden der erwartungsgemäß stärkeren Nachfrage entsprechend angeliefert.

Orangen werden hauptsächlich aus Griechenland und Spanien importiert, mit der Einfuhr billiger italienischer Blondorangen kann noch vor den Feiertagen gerechnet werden. Hingegen wird der Import von italiensichen Blut- und Halbblutorangen voraussichtlich nicht vor Weihnachten erfolgen, da der Reifezustand dieser Früchte derzeit noch gegen eine Importfreigabe spricht. Satsumas aus Spanien und der Türkei wurden heuer in geringeren Mengen als im Vergleichszeitraum des Vorjahres eingeführt. Ausreichende Zitronen-Anlieferungen stammen aus Griechenland, Israel und Spanien, bei den Argumen ist vor den Feiertagen eine leicht sinkende Preistendenz zu erwarten.  
(Schluß) we/sr

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Familiendebatte

=++++

10 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Die Budgetberatungen wurden Mittwoch mit der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Familie fortgesetzt.

Für die Bildungsaufgaben werden im kommenden Jahr 6,2 Milliarden zur Verfügung stehen. Mit diesem Budget, das um 14 Prozent höher als im Vorjahr ist, werden zwischen Wunsch und Wirklichkeit kaum Differenzen bestehen, sagte Vizebürgermeisterin Gertrude FRÖHLICH-SANDNER (SPÖ). Schwerpunkte der sozialistischen Bildungs- und Familienpolitik sind: Bemühen um Chancengleichheit, optimale Bildung für jeden, Bekenntnis zur modernen, dem Leben geöffneten Schule, Sicherung der freien Persönlichkeitsentfaltung, Soziale Sicherheit mit dem Recht auf Hilfe und die Familie im Mittelpunkt fördernder und stützender Maßnahmen. Die Bildungseinrichtungen müssen sich dem Wandel der Gesellschaft anpassen und sollen Bewährungsfelder demokratischen Verhaltens sein.

Organisatorische Veränderungen und die Schulreform kennzeichnen derzeit das Schulwesen. Im kommenden Jahr wird an der Errichtung beziehungsweise an der Fertigstellung von 15 Schulbauten gearbeitet. Die Senkung der Klassenschülerzahlen, die Einrichtung von Räumen für Werkerziehung, die Ausstattung mit modernen Lehr- und Lernmitteln schaffen die äußeren Voraussetzungen für eine pädagogisch gute Atmosphäre. Als wichtiges Bildungspolitisches Ziel nannte Fröhlich-Sandner die innere Schulreform und die Erweiterung und Öffnung der Schule zu einem Kultur-, Bildungs- und Freizeitzentrum. Ein besonders wichtiger Schulzweig ist die Berufsschule, wo sich die Schülerzahl in den letzten zehn Jahren nahezu verdoppelte. (Forts.)  
ba/bs



Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Familiendebatte

=++++

11 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Für die außerschulische Bildungsarbeit steht ein flächendeckendes Netz von Jugendzentren, Volkshochschulen, Häusern der Begegnung, Musikschulen und städtische Büchereien zur Verfügung. Die Aktionen des Landesjugendreferates wie das Ferienspiel, der Ferienclub, die Semesterwoche oder der Familiensonntag sind zur gutbesuchten Attraktion für Kinder und Eltern geworden. Das große Interesse an den Bildungseinrichtungen beweist, daß zum Bildungs- oder Kulturpessimismus wahrlich kein Grund besteht, sagte FRÖHLICH-SANDNER.

Die Volksbildung öffnet neue Möglichkeiten, die Freizeit sinnvoll zu nützen. 1981 wird mit dem Bau einer neuen Volkshochschule begonnen, das Kursangebot wird weiter ausgebaut. Engverbunden mit der Bildungsarbeit ist die Sozialarbeit. Ehe- und Familienberatung, Elternschulen, Krippen und Kindergärten, Erziehungshilfen, Krisenintervention, Behindertenhilfe und Streetworker sind nahezu zur Selbstverständlichkeit geworden. Das Ziel der Bemühungen sei jedoch niemals die Familie zu ersetzen, sondern immer nur der Familie zu helfen. Der Familie soll jene Hilfe gegeben werden, die sie in die Lage versetzt, sich selbst helfen zu können und ihre Probleme selbst zu lösen. 1980 sei es erstmals gelungen für alle Drei- bis Sechsjährigen einen Kindergartenplatz zu schaffen. Im kommenden Jahr sollen die Krippenplätze für Ein- bis Dreijährige weiter ausgebaut werden. Die Vizebürgermeisterin wies darauf hin, daß Kindergarten, Heime und Jugendamt soziale Probleme nicht allein lösen können. Die Verantwortung für soziale Probleme darf nicht delegiert werden, sie kommt allen zu, die in unserer Gesellschaft leben. (Forts.) ba/sr

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Familiendebatte

=++++

12 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. KUCHAR (FPÖ) kritisierte, daß der Schulstreß und die Schulprobleme der Kinder immer mehr zunehmen. Man beschäftige sich zuwenig mit diesen Problemen, stattdessen werde Ideologie um die richtigen Schulformen betrieben. Die Intoleranz der SPÖ auf diesem Gebiet zeige sich darin, daß es nun, entgegen den Versprechungen des Stadtschulrates, es werde nach der Einführung der 5 Tage-Schulwoche in jedem Stadtteil wenigstens eine jeder Schulformen geben, in großen Wiener Bezirken wie Floridsdorf und Brigittenau keine 6 Tage-Volksschule mehr gibt. Kuchar kritisierte auch die fehlende Möglichkeit, Schulräumlichkeiten für außerschulische Sport- und Kulturzwecke zu nutzen, die durch die starre Haltung der Schulwarte verursacht werde. Weiters bemängelte er die Höhe der Kindergartengebühren, die bei zwei bis drei Kindern bereits das Gehalt einer teilzeitbeschäftigten Ehefrau auffressen würden. Bezüglich der städtischen Büchereien sagte Kuchar, diese seien unterdotiert, der Ton- und Videobereich werde überhaupt zuwenig berücksichtigt. Abschließend warf er der SPÖ und der ÖVP vor, daß eine Anstellung im Schulbereich nur mit einem Parteibuch einer der beiden Großparteien möglich sein, womit der politische Druck bereits vor der Anstellung beginne. (Forts.) gab/bs

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Familiendebatte

=++++

13 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Wird die Familie jene Bedingungen vorfinden, die es erstrebenswert erscheinen lassen, in Wien Kinder zu haben, Kind zu sein, fragte GR Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP)? Es scheint, daß die Familie nur ein kleines Kästchen in einer Ecke des Gesamtbudgets darstellt. So sind für Kleinkinderspielplätze im Budget 1981 nur 100.000 Schilling vorgesehen. Damit kann man nicht einmal EINEN Spielplatz sinnvoll ausgestalten. Zahlreiche Wiener Bezirke sind jedoch in dieser Beziehung unterversorgt. Gerade die Kinder brauchen eine menschliche Stadt.

Hampel-Fuchs kritisierte den Mangel an Grünflächen bei einem Schulneubau in der Zieglergasse.

Behinderte und Mütter mit Kinderwagen haben Schwierigkeiten beim Benützen öffentlicher Verkehrsmittel. So gibt es in U-Bahn-Stationen Aufzüge, die nicht bis zur Oberfläche führen.

Hampel-Fuchs sprach sich gegen einen Aufenthalt von Kleinkindern in Heimen aus. Die Kinder sollten gleich zu Pflegeeltern kommen. Kinder, die in Heimen aufwachsen, sind gegenüber solchen, die in einer Familie leben, benachteiligt. Die Übergangslösung Heim sollte viel weniger in Anspruch genommen werden. Tagesmüttern ist der Vorrang vor Kinderkrippen zu geben.

Die ÖVP ist für eine Vielfalt der Schultypen. Die 5-Tage-Woche in den Schulen hat nicht nur Vor-, sondern auch Nachteile gebracht (zum Beispiel weniger Zeit für Theaterbesuche am Nachmittag).

(Forts.) ger/bs

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Familiendebatte

=++++

14 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Die Teilnehmerzahlen beim Ferienclub und beim Ferienspiel steigen sprunghaft an, erklärte GR. Leopoldine PFAUSER (SPÖ). Im Jahr 1980 besuchten 225.000 Kinder und Jugendliche die Veranstaltungen. Ende November konnte beim Familiensonntag der 10.000. Teilnehmer begrüßt werden. Die Stadt Wien bietet der Jugend und den Familien ein weit gefächertes Freizeitangebot an.

Die Bezirksjugendämter entwickeln sich immer mehr als Servicestellen für die ganze Familie. Von den Sozialarbeitern werden rund 14.000 Kinder und Jugendliche betreut. Die "Amtsstunden" wurden abgeschafft. Die Bezirksjugendämter sind nun auch am Nachmittag geöffnet.

1981 werden acht neue Kindertagsheime fertiggestellt, darunter auch der Anna Freud-Kindergarten. Es können 35.900 Plätze angeboten werden. Für Kinder im Alter von drei bis sechs Jahren ist eine Vollversorgung gegeben. (Forts.) sei/sr

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Familiendebatte

=++++

15 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Die Lage der Mehrkinderfamilien beleuchtete GR. PROCHASKA (ÖVP) und kritisierte, daß die Einnahmen des Familienlastenausgleiches um ein Viertel gekürzt wurden. Er stellte die Frage, warum von der öffentlichen Hand Sach- statt Barleistungen erbracht werden. Die Familien mit mehreren Mitgliedern verdienen weniger als vor zehn Jahren. 32,5 Prozent der Mütter mit drei Kindern und 37,8 Prozent mit vier Kindern müssen einer beruflichen Tätigkeit nachgehen. "Wir teilen ihre Ansicht nicht, den Staat zum Garanten des menschlichen Glücks zu machen", sagte Prochaska wörtlich und trat für eine "Vermenschlichung der Gesellschaft statt einer Vergesellschaftung des Menschen" ein.

GR. Dr. Marilies FLEMMING (ÖVP) unterstützte Bezahlung und Sozialversicherung der Pflegemütter. Sie trat auch dafür ein, allen Frauen innerhalb der ersten drei Jahre nach der Entbindung die Möglichkeit zu geben, bei ihren Kindern zu bleiben. Diese Zeiten sollten für die Pensionsversicherung angerechnet werden, und es sollte auch ein monatliches Erziehungsgeld geben. Die Dunkelziffer bei der Mißhandlung von Kleinkindern und Säuglingen betrage in ganz Österreich 50.000. Hier sei es notwendig, unbürokratisch einzuschreiten. Abschließend kritisierte sie, daß ein Subventionsansuchen des Sozialen Hilfswerkes für ein Kinderschutzzentrum nicht erfüllt wurde. (Forts.) and/sr

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Familiendebatte

=++++

16 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Gegen die Kritik der Opposition wandte sich GR. HANKE (SPÖ). Die familien- und kinderfreundlichen Einrichtungen in Wien sind international anerkannt. Die Zahlen von Einweisungen in Kinderheime, die von der ÖVP genannt wurden, stammen von 1978 und entsprechen nicht mehr der Realität. Eigene Aktivitäten seien wichtig, Menschen sollen sich nicht nur auf öffentliche Einrichtungen verlassen, aber bewährte Institutionen sollen nicht diskriminiert werden. Familienpolitik stehe im Mittelpunkt sozialdemokratischer Politik. Der Familie komme eine wichtige Aufgabe in der Erziehung zu, sie sei Zelle des Volkes. Die österreichischen Familien wissen sehr genau wer ihnen hilft.

. Für die Bildungsaufgaben im kommenden Jahr stehen genügend Mittel zur Verfügung, um Begonnenes fortzusetzen, Neues zu beginnen und Kommendes zu planen berichtete GR. STRANGL (SPÖ). Der bildungswissenschaftliche Dienst der MA 13 entwickelte zwei neue Projekte: Die Betreuung der Senioren in den Pensionistenklubs und einem Fernlehrcurs für Freizeitfächer. Ein neues Konzept gibt es auch für die Musikerziehung in den Musikschulen der Stadt Wien. Konservatorium und Musikschulen musizieren auch in den Außenbezirken. Auch die Zusammenarbeit der Modeschule mit dem Konservatorium war bei der letzten Modeschau ein großer Erfolg. In der Landesbildstelle stehen 30.000 Filme und Diareihen sowie 3.000 Geräte zum Verleih zur Verfügung. In den Volkshochschulen werden die Vormittagskurse und die Wochenendkurse ausgeweitet. Für die städtischen Büchereien wurden 61.000 Bücher neu angekauft. Bei sinkender Schülerzahl stehen immer mehr neue, moderne Klassenzimmer zur Verfügung. In den Fünf-Tage-Schulen wurden Schülerklubs eingerichtet. (Forts.) ba/bs

10. Dezember 1980

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 3530

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Familiendebatte

=++++

17      Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Die Schulen gewinnen als Freizeiteinrichtung immer größere Bedeutung. Im Norden Wiens soll eine vierte Schule für schwerstbehinderte Kinder errichtet werden. Die gute Ausbildung in den Berufsschulen vermehre die Berufs- und Aufstiegschancen der Jugendlichen und verringere das Problem der Jugendarbeitslosigkeit. (Forts.) ba/sr

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Familiendebatte

=++++

18 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) In ihrem Schlußwort legte Vizebürgermeisterin Gertrude Fröhlich-Sandner ein Bekenntnis zur Schulreform ab, die dem gesellschaftlichen Wandel entspreche und die bestmögliche Ausbildung für die Kinder gewährleiste. Das Überwiegen der 5 Tage-Volksschulen in Wien ist auf demokratische Entscheidungen zurückzuführen, sagte Sandner, die sie respektiere. Zur Meinung, die Schulräume seien außerhalb der Unterrichtszeit nicht ausgelastet, sagte sie, daß zahlreiche Kultur- und Sportveranstaltungen sehr wohl eine Auslastung bewirken. Im Übrigen haben auch die Schulwarte ein Recht auf Freizeit. Bezüglich der Einführung der Ganztagschule betonte Sandner das Prinzip der Freiwilligkeit. Niemand werde gezwungen, seine Kinder in eine Ganztagschule zu schicken. Den Angriff, die Kindergartengebühren seien zu hoch, konterte sie mit der Feststellung, daß diese nach Einkommen gestaffelt sind und maximal ein Viertel der Kosten decken. Zum Problem der Unterbringung von ein- bis dreijährigen Kindern sagte Sandner, daß man sich um mehr Tagesmütter und mehr Plätze in Krippen und Krabbelstuben bemühe, um jenen Familien zu helfen, in denen die Mutter das Kind nicht betreuen kann, was ja das beste wäre. Daß die Zahl der Pflegekinder erstmals die Zahl der Heimkinder übersteigt, vermerkte Sandner besonders. Allerdings könne man Eltern nicht zwingen, ihre Kinder einer Pflegefamilie anzuvertrauen, doch kläre man sie diesbezüglich über die Vorteile auf. Jedenfalls erhalten die Kinder auch in den Heimen der Stadt jene Geborgenheit und Förderung, die sie brauchen. Sie setzte sich immer für eine kinderfreundliche Stadt ein, schloß Sandner. Die ÖVP sollte diesbezügliche Leistungen auch anerkennen. (Forts.) gab/sr



Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Gesundheitsdebatte

=++++

19 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Das Budget für das Jahr 1981 wird es im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten erlauben, unsere Arbeit konsequent fortzusetzen, sagte Stadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ). Im Rahmen des Sozialwesens ergibt sich eine neuerliche Steigerung von 15,2, Prozent auf 1,9 Milliarden Schilling. Diese Steigerung ist prozentuell im besonderen bei den diversen Geldaushilfen, vor allem für die Hilfe zur Sicherung des Lebensbedarfes, festzustellen. Allein diese finanziellen Unterstützungen steigen von 92 Millionen auf 134 Millionen, also um 46 Prozent, was in erster Linie auf eine intensivere Betreuung der Familien mit Kindern zurückzuführen ist. Auch bei den Ausgaben für die Flüchtlingshilfe ist eine Steigerung festzustellen. Selbstverständlich werden im nächsten Jahr auch sämtliche Sozialdienste für die älteren Mitbürger nicht nur im gleichen Umfang aufrechterhalten, sondern zum Teil auch ausgebaut. Die Einführung des Sozialpasses wird ab 1. Jänner 1981 alle erfassen, die eine Hilfe von der Stadt Wien benötigen. Für die Behinderten wird die Stadt Wien im nächsten Jahr insgesamt 628,9 Millionen Schilling ausgeben, wobei die zusätzlichen Subventionen für Behindertenvereine, Wohngemeinschaften ect., die über die Finanzverwaltung gehen, noch nicht mitgerechnet sind.

Im Gesundheitsbereich werden die Impfkationen fortgesetzt, wobei erstmals auch die Durchführung eines Impfprogrammes in den Berufsschulen geplant ist. Große Bedeutung kommt auch den Vorsorgeuntersuchungen zu. Weitere Maßnahmen sind unter anderem die Intensivierung der sportärztlichen Betreuung in der Sporthauptschule, die Eröffnung einer Familienplanungsstelle im Krankenhaus Floridsdorf und eine möglichst breitbasige Aufklärung über gesundes Leben. (Forts.) ger/sr

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Gesundheitsdebatte

=++++

20 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Für die Krankenanstalten sind Ausgaben in der Höhe von 9,1 Milliarden S veranschlagt, was eine Steigerung um mehr als eine Milliarde bedeutet. Diese Steigerung geht vor allem auf eine Vermehrung der Personalkosten um rund 491 Millionen und eine Aufstockung der Baurate für das AKH um 450 Millionen zurück. Für das Sozialmedizinische Zentrum Ost sind insgesamt 140 Millionen S veranschlagt. Große Bedeutung kommt auch den patientenbezogenen baulichen und Einrichtungsmaßnahmen zu, weil gerade sie die Basis für die Humanisierung der Krankenanstalten darstellen. Im Rahmen dieser Humanisierung ist besonders auf die Psychiatrie hinzuweisen. Allein für das Psychiatrische Krankenhaus Baumgartner Höhe sind 48,3 Millionen vorgesehen. Der Psychiatrieplan sieht bekanntlich eine Dezentralisierung vor, wobei vorläufig das Psychiatrische Krankenhaus Baumgartner Höhe in acht Primariate geteilt werden soll, denen acht Regionen Wiens zur Nachbetreuung zugeordnet sind. Die Erfahrungen mit der Psychosozialen Station in Floridsdorf sind so hervorragend, daß wir alles daransetzen müssen, um möglichst bald ein Netz solcher Stationen in Wien zu erreichen. Noch heuer beginnt der Betrieb der Psychosozialen Station im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe. Wir werden aber auch daran gehen können, sagte Stacher, das erste Rehabilitationszentrum für psychisch Kranke in Wien zu errichten und weitere Übergangsheime in Betrieb zu nehmen. Durch die bisherigen Maßnahmen konnte die Zahl der Patienten im Psychiatrischen Krankenhaus bereits von 2.700 auf 2.200 reduziert werden. (Forts.) ger/bs

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Gesundheitsdebatte

=++++

21 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Abschließend faßte Stacher die Prioritäten für das Jahr 1981 zusammen:

- o Die Stadt Wien wird ihren sozialen Verpflichtungen in vollem Ausmaß nachkommen und damit die Bundesregierung in ihrem Kampf gegen die Armut in allen ihren Formen unterstützen.
- o Durch die Dezentralisierung der Angebote wird eine größere Bürgernähe erreicht, dem Bedürftigen wird an Ort und Stelle geholfen.
- o Es wird alles versucht, die Bevölkerung über ein gesundes Leben aufzuklären.
- o Für den Erkrankungsfall wird versucht, durch Reorganisation, Ausbau und Humanisierung der Spitäler alles zu tun, damit die Patienten so rasch wie möglich wieder gesund werden. Stacher wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß 20 Prozent der Patienten in Wiener Spitälern aus anderen Bundesländern kommen.
- o Die Bindung zwischen Gesundheits- und Sozialwesen soll weiter verstärkt werden.

(Forts.) ger/gg

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Gesundheitsdebatte

=++++

22 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Die Spitalsfinanzierung darf nicht nur von der Einnahmenseite, sondern muß auch von der Ausgabenseite her gelöst werden, erklärte GR. Dr. HIRNSCHALL (FPö). Angesichts der ungeheuren Belastungswelle sind die Vorschläge, die auf eine Beitragserhöhung für die Krankenversicherten hinauslaufen, abzulehnen. Daß es auch anders geht, zeigt das Beispiel der Betriebsorganisationsplanung beim AKH. Diese sollte um 370 Millionen von einer Arbeitsgemeinschaft durchgeführt werden. Wegen der Kritik des Rechnungshofes und des Kontrollamtes wird diese Planung nun in eigener Regie durchgeführt.

Für den Bau eines geriatrischen Krankenhauses in der Webergasse ist im Budget 1981 kein Geld vorhanden. Da die Bettensituation auf diesem Gebiet besonders prekär ist, stellt Hirnschall den ANTRAG, entsprechende Mittel vorzusehen, damit dieses besonders dringliche Vorhaben im Jahr 1982 der Bevölkerung zur Verfügung steht.

Hirnschall kritisierte, daß in einigen Spitälern Patienten mit einer Zusatzversicherung bevorzugt aufgenommen werden. Das dürfte nicht passieren. (Forts.) sei/sr

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Gesundheitsdebatte

=++++

23 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Die Streifenaktion der Wiener Ärztekammer, Humanität in der medizinischen Betreuung, Allgemeines Krankenhaus und das Drogenproblem waren Schwerpunkte der Ausführungen von Stadtrat Dr. Gertrude KUBIENA (ÖVP). Sie führte aus, daß die Aktion zur Früherkennung von Zucker- und Nierenerkrankungen grundsätzlich als positiv zu beurteilen ist, man müsse jedoch auch die Bevölkerung auf die Fehlermöglichkeiten aufmerksam machen. "Ist es human, wenn im Keller der Kinderklinik für Psychiatrie vier Monitore unbenützt stehen", fragte Kubiena? Sie erkundigte sich weiter nach dem Stand der Schaffung eines geriatrischen Krankenhauses in der Webergasse. Als inhuman bezeichnete sie die klinische Versorgung nördlich der Donau: im Floridsdorfer Krankenhaus gebe es 250 Betten für 250.000 Einwohner, mit dem SMZ Ost werde im Jahre 1982 begonnen, die Fertigstellung des ersten Bauteils (Unfall, Vhirurgie, Interne) sei in etwa sieben Jahren zu erwarten. Sie kritisierte das Fehlen einer psychiatrisch-neurologischen Station im ersten Bauabschnitt und wollte wissen, wer jemanden zum Projektleiter für das SMZO vorgeschlagen hatte, "dem das Gericht Unfähigkeit bescheinigt hat"? Wenn es beim Allgemeinen Krankenhaus ausreichende Kontrolle gegeben hätte, "wären Dinge, wie sie passiert sind, nicht vorgekommen", führte Kubiena weiter aus. Schließlich wandte sie sich dem Drogenproblem zu und forderte die Versorgung für lückenlose Behandlungsmöglichkeiten und Beschäftigungsmöglichkeiten. (Forts.)  
and/bs

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Gesundheitsdebatte

=++++

25 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Die Vorwürfe der ÖVP, das lebensrettende medizinische Geräte im Keller des AKH verschimmeln, seien völlig unbegründet, stellte GR. SEVCIK (SPÖ) fest. Das Budget für das Gesundheitswesen wird 1981 16,1 Prozent des Gesamtbudgets ausmachen. Es ist mit 9.400 Millionen das bisher höchste Budget. Mit diesen Mitteln kann die Neuorganisation des Spitalswesens fortgesetzt und die medizinische Vorsorge weiter ausgebaut werden. Die Erfolge der Neuorganisation des Spitalswesens kamen auch durch eine Patientenbefragung zum Ausdruck. Die Beschwerden über unmoderne Krankenzimmer sowie über das Essen sind zurückgegangen. Eine wesentliche Ergänzung zur Spitalsversorgung sind die praktischen Ärzte. 1977 gab es 1044 praktische Ärzte, 1979 waren es bereits 1480 Ärzte. Die Aktion "Mobile Schwestern" wurde auf sämtliche Bezirke Wiens ausgedehnt. Sie leisteten bisher 137.000 Hausbesuche. Die sozialmedizinischen Aufgaben nehmen auch im Budget einen immer größeren Betrag in Anspruch. Die finanziellen Mittel für das Gesundheitsamt wurden gegenüber dem Vorjahr fast verdoppelt.

(Forts.) ba/bs

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Gesundheitsdebatte

=++++

26 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. TRAINDL (ÖVP) widmete sich in seinem Beitrag besonders der Vorsorgemedizin im Jugendbereich. Die Kinder in der Stadt sind heute durch die Umwelt beeinträchtigt, sagte Traindl. Schädigungen wie Nervosität, Unruhe, Angst bis hin zu Aggressivität und Depressionen sind die Folge. Hier stellen sich die Fragen, ob der Wohn- und Freizeitemraum der Kinder und überhaupt der heutige Lebensstil geeignet sind, Kinder schädigungsfrei aufwachsen zu lassen. Traindl forderte ein Umdenken bei allen für diese Probleme Zuständigen. Man kann die Eltern nicht glauben lassen, sagte er, daß die Gesundheitsvorsorge allein Sache der Behörden sei. Eltern, Lehrer und Schulärzte müssen hier zusammenarbeiten, um diesbezüglich Erfolge zu erreichen. Da sich auch viele Eltern keiner vernünftigen Lebensweise befleißigen, ist es nötig, eine sinnvolle Aufklärungskampagne für die Gesundheitsvorsorge zu starten. Nur so wird es gelingen, die zahlreichen Gefahren für die Gesundheit der Kinder, darunter auch den Drogenkonsum, abzuwenden. Traindl vermerkte schließlich positiv, daß die Richtzahl für einen Schularzt nun 1.000 Schüler beträgt und es damit mehr Schulärzte gibt, sagte aber, daß auch hier eine weitere Verbesserung angestrebt werden muß. (Forts.)  
gab/gg

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Gesundheitsdebatte

=++++

27 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Die Behinderten wollen volle Integration in die Gesellschaft, sie wollen als vollwertige Bürger anerkannt werden, sagte GR. Gertrude HÄRTEL (ÖVP). Sie regte eine Abschrägung der Gehsteigkanten auf Rollstuhlbreite an. Nicht nur Behinderte, auch alte Menschen und Frauen mit Kinderwagen haben Schwierigkeiten in der U-Bahn. Wir freuen uns über die Bereitschaft, Behinderte bei der Stadt Wien aufzunehmen, sagte Härtel. Sie hoffe, daß die Vorbereitungen dafür nicht zu lange dauern. Härtel stellte die Frage nach dem Stand der Planung für ein geriatrisches Krankenhaus im 20. Bezirk.

Der Kreis der Armen ist nicht kleiner, sondern größer geworden. Viele alte Menschen rutschen durch die Tarifierhöhungen immer mehr in Richtung Armutsgrenze. Härtel stellte den ANTRAG, einkommensschwächeren Personen wegen der steigenden Energiekosten einen Heizkostenzuschuß zu gewähren. In einem weiteren ANTRAG wird die Schaffung einer verbilligten Seniorennetworkkarte bei den Wiener Verkehrsbetriebe verlangt.

Härtel fragte, was mit der im Vorjahr erhöhten Hundesteuer geschah. Von einer Extrareinigung war nichts zu bemerken. Abschließend stellte Härtel die Frage, ob sich im Pflegeheim Lainz eine Sektion der SPÖ befinde, wenn ja, mit wessen Genehmigung.

(Forts.) ger/gg



Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Gesundheitsdebatte

=++++

28 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Die Besetzung des Primariats einer Nierenstation im Wilhelminenspital mit einem Herzspezialisten kritisierte GR. EBERHARDT (öVP). Offensichtlich spielten politische Aspekte eine große Rolle.

Durch eine Änderung des Dienstturnusses und durch mehr Möglichkeiten einer Teilzeitbeschäftigung könnte der Mangel an Pflegepersonal beseitigt werden. Derzeit müssen noch immer Stationen während Urlaubszeiten gesperrt werden. Die wöchentliche Arbeitszeit des Pflegepersonals beträgt 48 Stunden und mehr. (Forts.) sei/sr

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Gesundheitsdebatte

=++++

29 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Gr. Gabrielle TRAXLER (SPÖ) gab einleitend einen kurzen Überblick über Leistungen der Stadt Wien für Drogenabhängige. Sie verwies weiter darauf, daß die materielle Absicherung für die alten Menschen besonders wichtig ist. Neben dem ASVG sorgen die Sozialdienste für ein lückenloses Netz. Parallel zur finanziellen Absicherung muß die praktische erfolgen. So wurde die Heimhilfe zwischen 1973 und 1979 um 400 Prozent gesteigert, Steigerungen gab es auch bei den mobilen Schwestern und den praktischen Ärzten. Der Aufwand für den Wohnungsreinigungsdienst wird im kommenden Jahr um 37 Prozent steigen. Qualitative Verbesserungen wurden etwa im Pflegeheim Lainz erzielt, das zu einem modernen geriatrischen Krankenhaus ausgestaltet wurde. Der Anteil der Isolierten beträgt 13 Prozent, für sie gibt es Kontaktbesuchsdienst und Besuchsdienst. Nur 20 Prozent der alten Menschen bedürfen der öffentlichen Hilfe, vielen davon ist mit Leistungen gegen die Einsamkeit geholfen. In 174 Pensionistenklubs werden 1981 täglich 12.000 Menschen betreut, somit um 36 Prozent mehr als heuer. Es gebe aber auch Grenzen der Finanzierbarkeit durch die öffentliche Hand, und es sei daher besonders wichtig, den Menschen mit kleinerem Einkommen zu helfen. Die Menschen müssen, so GR. Traxler, auch lernen, sich selbst und einander gegenseitig zu helfen. (Forts.) and/bs

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Gesundheitsdebatte

=++++

30 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Die harten Attacken der Opposition führen zum Ziel, stellte GR. HAHN (ÖVP) fest. Zuerst habe es einen Rückzieher bei der Bestellung von Obersenatsrat Zöllner gegeben, dann heute den Rücktritt von Obersenatsrat Horny als Bürgermeister von Mödling. Die ÖVP sei immer dafür gewesen, daß Politiker aus dem Aufsichtsrat abberufen werden. Der Stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende der AKPE, Dr. Horny, konnte seine Aufgaben nicht wahrnehmen, da er mit 13 Funktionen überlastet war.

Es sei bedenklich, wenn der Klubobmann der ÖVP Beamte angreift, und es sei überraschend, wenn er sich um die sozialistische Partei einer kleinen Gemeinde Sorgen mache, sagte Finanzstadtrat MAYR (SPÖ). Es sei eine Praxis der Opposition, bei den Beamten der Stadt Wien guten Wind zu machen und jeden einzelnen später zu verunglimpfen. Alle politischen Parteien sollten sich einig sein: Korruption soll mit allem Nachdruck aber mit den Mitteln des Rechtsstaats bekämpft werden. (Forts.) ba/gg

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Gesundheitsdebatte

=++++

33 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Im Schlußwort nahm Stadtrat STACHER zu den Beiträgen der Debattenredner Stellung. Zum Vorwurf, die MA 17 habe sich nicht mit der Betriebsorganisationsplanung des AKH beschäftigt, sagte Stacher, die MA 17 hat in dieser Frage tausende Gespräche mit der AKPE geführt, die alleinige Übernahme dieser Aufgabe wäre jedoch aus Personalgründen nicht möglich gewesen. Generell warf Stacher den Oppositionsrednern vor, unangenehme Einzelfälle zu verallgemeinern und so die Leistungen des Wiener Gesundheitswesens zu diskreditieren. Zur Frage, warum das Geriatriische Spital Webergasse nicht gebaut wird, sagte er, das vorgesehene Gebäude wird von der Unfallversicherungsanstalt für die Nachbehandlung von Patienten und für eine geschützte Werkstätte gebraucht. Ein geriatriisches Spital wird in Wien 21 errichtet. Dem Vorsorgeuntersuchungswesen will Stacher durch verschiedene Änderungen neue Impulse geben. In der Frage der Ärztekammeraktion zur Früherkennung von Zuckerkrankheit räumte Stacher ein, daß die verschickten Streifen etwas zu empfindlich gewesen seien. Unrichtig hingegen sei, daß die Rettung nicht in die Wohnungen der Patienten komme. Auch der Notwendigkeit, gegen den Drogenkonsum noch mehr zu tun, pflichtete Stacher bei. Hier müssen frühzeitige Präventivmaßnahmen gegen süchtiges Verhalten jeder Art getroffen werden, wobei auch der Alkoholismus nicht vergessen werden darf. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: Gesundheitsdebatte

=++++

34 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Die Vorwürfe, es geschehe nichts für Behinderte und ältere Bürger, lehnte Stacher ab. Er wies einerseits auf den Behindertenbeförderungsdienst, andererseits auf die verbesserte materielle Situation der alten Menschen sowie auf die sozialen Dienste für ältere Bürger hin.

Stacher wandte sich schließlich gegen Bemerkungen, die, wie er sagte, von einem Informationsmangel gekennzeichnet seien. Zum Beispiel wird die Augenstation im Wilhelminenspital deshalb nicht gebaut, weil sie zur Zeit nicht nötig ist, der Betrag für den Bau einer neurologischen Station ist im Budget 81 ausgewiesen, was anscheinend übersehen worden ist. Auch wirklichkeitsfremde Vorschläge zum Schwesterndienst beruhen auf diesem Informationsmangel, ebenso wie der Vorwurf die Rettung habe zu wenig Personal. Hier ist bereits eine Aufstockung vorgesehen.

Abschließend sagte Stacher, er wisse, daß noch viel im Gesundheits- und Sozialwesen geschehen muß. Die SPÖ wird in diesen Belangen immer weiterarbeiten, um den Menschen Wiens die bestmögliche Versorgung bieten zu können. (Forts.) gab/sr

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: Kulturdebatte

=++++

35 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Kultur kann nicht mehr als Addition verschiedener Künste und Medien verstanden werden, sagte Stadtrat Prof.Dr. ZILK (SPÖ). Der Kulturbegriff bezieht alle Lebensäußerungen des Menschen mit ein. Er ist mehr als nur Kunstförderung. Es ist deshalb eine Aufgabe der Kulturpolitik, Kultur für alle zu betreiben, Kultur für alle Menschen zugänglich zu machen. Eines darf Kulturpolitik nicht sein: der Versuch zur Zwangsbeglückung. Der Kulturkonsum darf auch keine Pflichtübung sein. Deshalb müssen auch neue Wege gegangen werden. Kultur soll auch Freude bringen, kulinarisch sein. Kultur muß nicht immer vom höheren Ernst der Intellektualität umgeben sein.

"Kultur für alle" mag sich nach drei Richtungen artikulieren: Erstens bedeutet sie Erleichterung des Zugangs zur Kultur, auch mit Hilfe neuer Methoden der Öffentlichkeitsarbeit. Als Beispiel nannte Zilk unter anderen das Gastspiel der Arena von Verona, die 1982 wieder nach Wien kommen wird; die Veranstaltungsreihe "Tanz 82"; das Stadtabonnement; das Schubert-Festival; den Musikalischen Sommer; den Symphoniker-Tag mit 13.000 Besuchern; die Artothek und die Festwochen. In Vorbereitung ist eine Gesamtauführung der Werke Schuberts. Die Theater in Wien verzeichnen ein kontinuierliches Steigen der Besucherzahlen. 1981 wird eine neue Außenstelle des Historischen Museums (Historische Wandmalereien in der Tuchlauben) eröffnet. Das Historische Museum verzeichnete heuer eine halbe Million Besucher, in die Stadtbibliothek kamen 22.500 Benützer. In den nächsten Jahren werden auch bedeutende Großausstellungen nach Wien kommen. (Forts.) ger/bs

Wiener Gemeinderat (24)

Utl.: Kulturdebatte

=++++

36 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Zweitens bedeutet "Kultur für alle" das Suchen neuer Aufgaben, unter Einbeziehung alternativer Kultur- und Kunstformen. Dazu gehören etwa Veranstaltungen im Bereich des Jazz und der Popmusik, der "Showherbst", das Blasmusiktreffen und viele andere. Große Bedeutung kommt auch der Bezirkskulturarbeit zu. Im Jahr 1980 fanden 600 Veranstaltungen in den Bezirken statt, an denen hunderttausende Wienerinnen und Wiener teilnahmen. 1981 wird ein Versuch mit sogenannten Vorabendkonzerten, die Menschen auf dem Weg vom Arbeitsplatz nach Hause besuchen können, gestartet.

Drittens - und ganz entscheidend - bedeutet "Kultur für alle" die Anregung zur eigenen kreativen Tätigkeit. Als Beispiele führte Zilk unter anderem Hausmusikabende, einen Kompositionswettbewerb, die Förderung des Laientheaters und der Laienkunst und die Aktion "Künstler in den Betrieben" an. Er verwies auf die zunehmend enge Zusammenarbeit mit den Universitäten, auf Vortragsreihen und Symposien. Ab 1981 soll ein zehnjähriges Kolloquium über den Josefinismus stattfinden.

Kulturarbeit ist Dienst am Bürger. Der Bürgerdienst arbeitet hervorragend und unbürokratisch. 1981 ist die Schaffung von drei weiteren Außenstellen geplant.

Kultur hat heute eine "Verbalkonjunktur". Man redet darüber. Das ist gut so, aber wir müssen einen Schritt weitergehen, sagte Zilk. Kulturpolitik wird weltweit einen neuen Stellenwert erhalten. Dies wird sich auch auf der Ausgabenseite auswirken, wobei allerdings die Aufbringung der Mittel nicht ausschließlich Aufgabe der öffentlichen Hand sein kann. (Forts.) ger/gg

Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: Kulturdebatte

=++++

37 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Für eine vielfältige Nutzung des Messepalastes trat GR. Dipl.-Ing. PAWKOWICZ (FPö) ein. Bisher sind in dieser Frage nur verbale Bekenntnisse gemacht worden. Es müßte endlich etwas geschehen. Pawkowicz stellt den ANTRAG, einen mit 100.000 S dotierten Ideenwettbewerb auszuschreiben, bei dem sich jeder Wiener zu Wort melden kann.

Für die Jugendgästehäuser der Stadt Wien ist 1981 nur eine Million vorgesehen. Andere große Städte machen auf diesem Gebiet weit mehr. Die wertvolle Aktion "Die Bundesländer lernen Wien kennen", zeigt gravierende Mängel. Man sollte auf diese Aktion ein besonders Augenmerk lenken und den Beschwerden von Lehrern aus anderen Bundesländern nachgehen. (Forts.) sei/sr



Wiener Gemeinderat (26)

Utl.: Kulturdebatte

=++++

38 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Die gute Zusammenarbeit in Altstadterhaltungsfonds und Kulturausschuß lobte Stadtrat Dr. MAUTHE (ÖVP). Er gab jedoch seiner Sorge darüber Ausdruck, daß die Durchführung der Wiener Festwochen in dieser Weise während der nächsten Jahre nicht aufrecht erhalten werden könnte. er trat dafür ein, den Altstadtschutz nicht aufzuweichen und kündigte an, daß die ÖVP eine Verschiebung vom passiven Schutz zu aktiver Denkmalpflege und Altstadterhaltung anstrebe. Die ÖVP sei bereit, einer Erweiterung des Personalstandes des Altstadterhaltungsfonds zuzustimmen. In einem BESCHLUSSANTRAG ersuchte Dr. Mauthe den Stadtrat für Kultur und Bürgerdienst, sich für die Erhaltung beziehungsweise Sanierung folgender Bauten einzusetzen: 1., "Hochholzerhof" in der Tuchlauben, 1., Judenplatz 2 und Jordangasse 9, 2., Franzensbrückenstraße 5, 2., Tabostraße 23, 7., Stiftgasse 12 und 33, 7., Zieglergasse 21, 7., Lerchenfeldedr Straße 33, 8., Schlößlgasse 5, 8., Roter Hof 16 sowie 9., Wasagasse 20 und 21. In einem weiteren BESCHLUSSANTRAG wird verlangt, umgehend eine Studie über die Belebung und "Revitalisierung" des Gebiets rund um das Wiener Rathaus in Auftrag zu geben, wobei insbesondere die Möglichkeiten zur Ausgestaltung dieses Viertels als attraktiver Treffpunkt und Kommunikationszentrum sowie die Ansiedlung von entsprechenden Geschäften und Lokalen untersucht werden sollen.  
(Forts.) and/bs

Wiener Gemeinderat (27)

Utl.: Kulturdebatte

=++++

39 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Die Kulturarbeit in Wien ist von zwei Dingen geprägt, sagte GR. Hildegard WOND RAT SCH (SPÖ). Erstens von der Verpflichtung zur Tradition und zweitens vom Wandel des Kulturbegriffes, wonach die Kultur alle schöpferischen Äußerungen des Menschen umfaßt. GR. Wondratsch wies auf die große, internationale Bedeutung Wiens als Musik- und Theaterstadt hin. Ein Hit für zahlreiche Sommergäste der Bundeshauptstadt sei der musikalische Sommer in Wien, mit seinen Palaiskonzerten und Schönbrunner Schloßkonzerten. Daß die Wiener auch gerne ins Theater gehen, beweisen die Einspielergebnisse. Auf tausend Wiener kommen zehn Theaterplätze. Wien unterstützt die Bundestheater, indem es auf die Vergnügungssteuer verzichtet. Theaterexperimente werden vor allem auf Klein- und Kellerbühnen durchgeführt. Besonders erfolgreich war die Aktion "Volkstheater in den Außenbezirken". Die Bezirksaktivitäten haben wesentlich zugenommen. In allen Bezirken sind bereits Bezirkskulturvereine tätig. Viele neue Einfälle, wie die Hobby-Ausstellung in der Brigittenau oder die Galerie in der Thaliastraße wurden realisiert. Aktivitäten wie die Wiederbelebung alter traditioneller Wiener Volksfeste die Kulturwanderwege oder der "Advent in Wien" tragen dazu bei, weite Kreise der Bevölkerung zum Kulturerlebnis zu aktivieren und motivieren. (Forts.) ba/sr

Wiener Gemeinderat (28)

Utl.: Kulturdebatte

=++++

40 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Mag. KAUER (ÖVP) nahm zunächst zur Rede von GR. WONDRATSCH Stellung. Die Situation der Wiener Theater sei hier allzu rosig gezeichnet worden, sagte Kauer. Überdies wehre er sich dagegen, Kultur als sozialistische Errungenschaft zu vereinnahmen.

Anschließend ging Kauer auf die Artothek und den Kunstverein Wien ein. Abgesehen davon, daß es unklar sei, wie viele Bilder in der Artothek zur Verleihung ausgestellt sind und verliehen wurden, sei jedenfalls der Aufwand von insgesamt 4,6 Millionen S für die Sache zu groß. Nach seinen Berechnungen betrage der bürokratische Aufwand für ein verliehenes Bild damit 2.608 S. Obwohl die Organisation der Artothek dem Kunstverein übertragen ist, müsse sich doch ein Beamter des Kulturamtes dieser Arbeit annehmen. Damit zeige sich, so Kauer, daß der Kunstverein der Stadt nicht die Durchführung von Geschäften, sondern Steuern abnimmt. Anschließend schlug Kauer vor, die Tätigkeit der Artothek und ihre Gebarung zu überprüfen und anstatt Bilder zu verleihen lieber den Ankauf von Bildern für die Bevölkerung zu unterstützen. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (29)

Utl.: Kulturdebatte

=++++

41 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Der Bürgerdienst wurde als Hilfe für Menschen geschaffen, um Wünsche, Beschwerden und Fragen rasch und unbürokratisch behandeln zu können, sagte GR. Ingrid SMEJKAL (SPÖ). Er steht für alle Lebensbereiche mit Rat und Hilfe zur Verfügung. In der Praxis entfallen etwa drei Viertel der Fälle auf den Bereich der Stadtverwaltung, ein Viertel auf andere Bereiche. Neben der Stadtinformation im Rathaus wurden neun Außenstellen eingerichtet, um die Kontaktaufnahme für die Bürger so leicht wie möglich zu machen. Die "langen Donnerstage" geben auch Berufstätigen die Möglichkeit, diese Einrichtung in Anspruch zu nehmen. Der Bürgerdienst arbeitet im Zusammenwirken mit anderen Abteilungen des Magistrats zum Wohle der Menschen in unserer Stadt. Im Jahr 1980 wurden 103.000 Fälle behandelt. 98.000 davon konnten auf kurzem Weg erledigt werden, 4.900 erforderten eine längere Bearbeitung. Die Arbeitsweise des Bürgerdienstes orientiert sich an den Einzelbedürfnissen und Einzelfällen. Auch Hausbesuche - bisher etwa 1.000 - werden gemacht. Die Stadtinformation und die Außenstellen ergänzen einander. In der Stadtinformation werden monatlich durchschnittlich 8.500 Anfragen behandelt. Die Hauptaufgabe der Außenstellen ist die Hilfeleistung im Einzelfall. Der größte Teil der bisher behandelten Fälle konnte positiv erledigt werden. Es ist zu hoffen, daß das Angebot des Bürgerdienstes von den Wienerinnen und Wienern weiterhin angenommen wird. Der bisherige starke Zuspruch führte zu der Überlegung, im 3., 12. und 20. Bezirk drei weitere Außenstellen einzurichten, die wahrscheinlich im März 1981 eröffnet werden können. (Forts.) gerfbs

Wiener Gemeinderat (30)

Utl.: Kulturdebatte

=++++

42 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Abschließend erklärte Stadtrat Prof. Dr. ZILK (SPÖ), daß die Wiener Messe AG noch bis 1986 Mieter des Messepalastes ist. Derzeit wird ein Verein gegründet, der Vorschläge über eine optimale Nutzung des Messepalastes ausarbeiten soll. Ziel ist die Schaffung eines multifunktionalen Kommunikationszentrums.

Für die Artothek stehen 1981 895.000 Schilling zur Verfügung. Bei 2.000 Entlehnungen betragen die Kosten für eine Entlehnung 450 Schilling.

Der Wiener Kunstverein betreut jährlich rund 60.000 Menschen. Allein zu den Dichterlesungen kommen fast 4.000 Besucher.

Die Sitzung wurde um 17.41 Uhr unterbrochen. Die Beratungen werden morgen, Donnerstag (9 Uhr), mit der Behandlung der Geschäftsgruppen Wohnen und Stadterneuerung (Amtsf. Stadtrat Hatzl), Stadtplanung (Amtsf. Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Wurzer) und Vermögensverwaltung, Städtischer Dienstleistungen, Konsumentenschutz (Amtsf. Stadtrat Veleta) fortgesetzt. (Schluß) sei/gg